

# MAGAZIN

## EXPLOSIVE CHEMIE

CURRENTA UND DIE FOLGEN

LANDTAGSWAHL AM 15. MAI

POLITIKWECHSEL ÜBERFÄLLIG

SCHULTERSCHLUSS MIT SoVD

ZUR ZEIT

BRÖSELNDE BRÜCKEN

BUND-KLAGEERFOLG



Currenta-Explosion

# CHEMIEGEFAHR AM RHEIN

Zur Explosion der Leverkusener Sonderabfallverbrennungsanlage kommen immer neue Details ans Licht. Das erfordert grundlegende Konsequenzen für den Chemiestandort NRW.

**A**m 27. Juli 2021 um 09:38 Uhr kam es zu einer verheerenden Explosion mit anschließendem Brand in der Sonderabfallverbrennungsanlage des Currenta-Entsorgungszentrums in Leverkusen-Bürrig. Bei der Katastrophe kamen sieben Menschen ums Leben, 31 Menschen wurden verletzt. Die giftige Brandwolke zog bis nach Dortmund. Im Zuge der Löscharbeiten gelangten Millionen Liter kontaminierten Löschwassers in den Rhein. Der BUND erstattete Strafanzeige. Doch Ursachen und Konsequenzen sind noch längst nicht abschließend geklärt.

## GIGANTISCHE GIFTWOLKE

Eine genaue Bilanz des Schadens und der tatsächlichen Gefährdung von Anwohner\*innen und weiteren Betroffenen ist bis heute nicht möglich. Zwar gab das Landesumweltamt in Bezug auf die Freisetzung von Dioxinen und anderen hochgefährlichen Stoffen schnell Entwarnung, doch die Giftwolke hing über großen Teilen Nordrhein-Westfalens und Langzeitfolgen sind nicht ausgeschlossen. Erst mehr als zwei Wochen nach der Explosion gab der Betreiber Currenta den Inhalt

der explodierten Tanks bekannt. Danach lagerten dort schwefel- und phosphorhaltige Reststoffe, wie sie bei der Produktion von Pflanzenschutzmitteln entstehen. Die Reststoffe waren aus dem EU-Ausland zur Entsorgung in der Sonderabfallverbrennungsanlage bestimmt. Dazu kamen lösemittelhaltige Produktionsrückstände, die unterschiedliche Konzentrationen von Halogenen, Alkohole und Schwefel enthielten. Insgesamt eine Mischung mit hohem Gefährdungspotenzial.

Wie es zu der Explosion kommen konnte, wird von der Staatsanwaltschaft untersucht. Im Oktober 2021 wurde ein Ermittlungsverfahren gegen drei Beschäftigte der Currenta eingeleitet. Grund ist der Anfangsverdacht auf fahrlässige Tötung sowie der fahrlässigen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion.

## GIFTIGES LÖSCHWASSER

Doch damit nicht genug. Zur Bekämpfung des Brandes wurden über 35.000 Liter Löschwasser pro Minute eingesetzt. Diese Wassermengen vermischten sich mit dem regulären Abwasser und Produktresten aus dem havarierten Tank. Sie wurden



über die Sicherungssysteme in Auffangbehälter der benachbarten Gemeinschaftskläranlage geleitet. Durch die Dauer des Einsatzes und dem ständigen Zulauf von Abwasser kam es dort am folgenden Tag zu einem Engpass. Dies sei eine Notlage, entschied Currenta. Er beschloss, große Anteile der aufgefangenen Wassermengen unter Zugabe von Aktivkohle in die Kläranlage - und damit letztlich den Rhein - einzuleiten. Die Überwachungsbehörde wurde über dieses Vorgehen informiert.

Ein Kreis engagierter BUND-Expert\*innen hakte nach, stellte mehrere Anfragen, forderte Aufklärung und war bei öffentlichen Veranstaltungen an der Seite der besorgten Bürger\*innen. Es wurde seitens der Aufsichtsbehörden und der Currenta der Eindruck erweckt, man habe das Löschwasser auffangen und so Kläranlage und Rhein schützen können. Dies erwies sich als Täuschung.

BUND-Gewässerschutzexperte Paul Kröfges entdeckte in der Umweltdatenbank ELWAS, dass der Kläranlagenablauf von Currenta nach der Explosion am 27. Juli bis mindestens zum 9. August extrem erhöhte Werte des Insektengiftes Clothian-



Verheerende Explosion der Sonderabfallverbrennungsanlage in Leverkusen-Bürrig.



BUND-Gewässerschutzexperte Paul Kröfges ist gefragter Gesprächspartner der Medien.

idin aufwies. Das ist ein giftiges und seit 2018 EU-weit verbotenes Neonicotinoid, hergestellt vom Leverkusener BAYER-Konzern. Nach überschlägiger Berechnung gelangten mindestens 60 Kilogramm des Insektenkillers nebst anderer Schadstoffe über die Kläranlage in den Rhein.

### BUND ERSTATTET STRAFANZEIGE

Zur Klärung des Sachverhaltes stellte der BUND bei der Bezirksregierung Köln eine offizielle Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz. Da die Antwort auf sich warten ließ, griff der WDR den Fall auf. "Dessen Berichterstattung deckte das ganze Ausmaß an Vertuschung von Currenta und Überwachungsbehörden auf", konstatiert BUND-Experte Paul Kröfges. "Auf Grund des verfehlten Konzeptes wurden etwa 10 Millionen Liter hoch belastetes Löschschaum-Abwassergemisch über die Kläranlage in den Rhein eingeleitet." Die Verärgerung darüber ist insbesondere in den Niederlanden groß, da Currenta und die Behörden dies trotz internationaler Rhein-Vereinbarungen verschwiegen hatten. „Zwar gibt es den Warn- und Alarmplan der Internationalen Kommission zum

Schutz des Rheins. Aber die Wasserbehörden im Lande reagieren nur mit Zeitverzögerung und auf Druck. Öffentlichkeit und Wasserversorger wurden in diesem Fall nicht informiert, das war absichtliche Vertuschung," kritisiert Kröfges. Behauptungen, dass „keine Grenzwertüberschreitungen“ vorlagen, sind nach BUND-Ansicht eine krasse Verharmlosung. So wurden die in NRW für (gereinigtes) Abwasser geltenden Orientierungswerte für perfluorierte Verbindungen an mehreren Tagen um das 1,5fache überschritten. Currenta toppte das Desaster dann zum Jahresende mit der Nachricht, dass mindestens weitere 1,3 Millionen Liter Giftwasser wochenlang aus undichten Tanks ohne Vorbehandlung über die Kläranlage in den Rhein geflossen waren. Nach weiteren Recherchen und neuen Erkenntnissen erstattete der BUND am 17. Januar 2022 Strafanzeige gegen Currenta und die Bezirksregierung Köln.

### GRUNDLEGENDE KONSEQUENZEN

Das planlose Agieren und fehlende Antworten der zuständigen Landesbehörden veranlassten den BUND, in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Wüst auf

die eklatanten Missstände hinzuweisen. Wüst wurde aufgefordert, Konsequenzen zu ziehen. Dies zeigte Wirkung: Zum Jahresanfang gab es eine unangemeldete behördliche Inspektion bei Currenta, mit dem Ziel, genau die Fragen zu klären, die der BUND mehrfach gestellt hatte. Und auch im Landtag steht das Thema auf Initiative der Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN an. Es stellen sich im Hinblick auf den geplanten Wiederaufbau der Anlage zahlreiche Fragen zur Zuverlässigkeit des Betreibers zur Genehmigung, zu Art, Menge, Lagerung und Behandlung des Sonderabfalles. Auch das Sicherheitskonzept und das Versagen der behördlichen Überwachung gehören aufgearbeitet. Letztendlich aber stellt sich die Frage, ob solche Hochrisikoanlagen heutzutage überhaupt noch in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen errichtet werden dürfen.



**MEHR ZUM THEMA**

[www.bund-nrw.de/currenta](http://www.bund-nrw.de/currenta)

## BILANZ DER LEGISLATURPERIODE

# FÜNF VERLORENE JAHRE

## Seit 2017 regiert Schwarz-Gelb zwischen Rhein und Weser. Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht zieht ein persönliches Fazit.

CDU und FDP haben die mit 115.000 Unterschriften unterstützte Volksinitiative Artenvielfalt einfach abgebügelt. Doch ein Rückblick auf fast fünf Jahre Schwarz-Gelb zeigt, dass dies nur der Negativ-Höhepunkt eines beispiellosen politischen Versagens ist.

### ILLEGALE WALDRÄUMUNG

Wir erinnern uns: Innenminister Reul versuchte im Spätsommer 2018 über Wochen hinweg, den Widerstand der Bevölkerung gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu kriminalisieren und ließ auch nicht das Fettnäpfchen aus, den BUND in eine Ecke mit angeblich Linksradikalen zu stellen. Mit dem teuersten Polizeieinsatz der Landesgeschichte ließen Laschet und Co. in treuem Gehorsam zu RWE schließlich tausende von Menschen aus dem Wald räumen – ein Mensch kam zu Tode, unzählige wurden verletzt, Natur zerstört. Wie drei Jahre später das Kölner Verwaltungsgericht feststellte, war die von Bau- und Brandschutzministerin Scharrenbach angewiesene Räumung rechtswidrig. Der Hambacher Wald steht noch, der Klage des BUND sei Dank. So wurde er letztlich zum weltweiten Symbol der Klimabewegung. Was Laschet offensichtlich dazu trieb, die Rettung des Hambacher Waldes im Bundestagswahlkampf absurderweise auf seine Fahne zu schreiben. Laschet und seine Possen sind erst einmal Geschichte, jedoch noch nicht die seiner Partei und seines Koalitionspartners.

Am besten wurde die Hemmungslosigkeit der Betonpolitik von CDU/FDP an der Neu-

auflage des Landesentwicklungsplans sichtbar: Abschaffung des Grundsatzes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, Ignorieren eines zweiten Nationalparks, Deklaration der „Regionalflughäfen“ als „landesbedeutsam“, Streichung der



regionalplanerischen Steuerung, dafür Einengung der Windkraft und vieles mehr. Das Ergebnis: Die Energiewende wurde massiv ausgebremst. In 2021 wurde nur ein Drittel des Zuwachses Erneuerbarer dokumentiert, als für das Erreichen der eigenen - zu wenig ambitionierten - Klimaziele bis 2030 notwendig wäre.

### ANGRIFF AUF UMWELTSTANDARDS

Flankiert wurde die groß angelegte „Entfesselung“ mit einem neuen Landesplanungsgesetz, das die Halbierung der Beteiligungsfristen und den Wegfall von Erörterungsterminen vorsieht. Oder auch mit der Einrichtung der Sonderwirtschaftszone Rheinisches Re-

vier, mit welcher der Weg bereitet werden soll, Umweltstandards letztlich in ganz NRW abzusenken.

### MANGELHAFTER NATURSCHUTZ

Umweltministerin Heinen-Esser verantwortete, das u.a. Wildkatze und Greifvögel wieder unter das Jagdrecht fallen. Sie verscherbelt am Phantasialand ein landeseigenes Naturschutzgebiet auf Zuruf eines privatwirtschaftlichen Unternehmens. Sie steht für die zeitweise Zulassung eines Neonikotinoids, das EU-Weit verboten ist. Das Verbot des Pestizideinsatzes in Naturschutzgebieten auf Bundesebene blockiert sie für NRW. Mit der Novellierung des Landeswassergesetzes ermöglichte die den Abbau von Bodenschätzen in Trinkwasserschutzgebieten und erschwerte mit der Abschaffung des Vorkaufsrechts die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Kein Wunder, dass sie die Ziele zur Erreichung eines guten Zustands unserer Gewässer rechtswidrig um Jahre und Jahrzehnte nach hinten verschob. Die Umsetzung des Vorkaufsrechts für Naturschutzgebiete wird seit Jahren ausgesessen, so dass mit dem Lavesumer Bruch selbst ein FFH-Gebiet nicht gesichert werden konnte.

Die vollständige Auflistung der schwarz-gelben Fehlleistungen würde jeden Artikel sprengen. Mit Blick auf die Landtagswahl bleibt nur das Fazit, dass angesichts sich verschärfender Klima- und Biodiversitätskrise ein Wechsel der Landesregierung nie so entscheidend war wie in diesem Jahr. Am 15. Mai kommt es auf jede Stimme für die Umwelt an.

AUSTAUSCH VON SOVD NRW UND BUND NRW

# SCHULTERSCHLUSS



V. li.: Dirk Jansen (BUND-Geschäftsleiter), Franz Schrewe (Landesvorsitzender SoVD NRW), Jens Eschmann (SoVD NRW), Holger Sticht (BUND-Landesvorsitzender) und Klaus Domhan (SoVD NRW).

Ökologie und Soziales zusammen zu denken, darin sind sich der Sozialverband Deutschland und der BUND einig. Jetzt intensivieren beide den Austausch.

**W**er mit seinen Forderungen durchdringen und etwas erreichen will, der braucht Bündnispartner, muss „netzwerken“ und thematische Schnittmengen ausloten. Daher hat der traditionsreiche Sozialverband SoVD NRW sich zu Kooperationsgesprächen mit dem BUND NRW getroffen, um eine engere Zusammenarbeit auszuloten. SoVD-Landespressesprecher Matthias Veit erläutert in diesem Gastbeitrag die Hintergründe.

Der SoVD – das steht für Sozialverband Deutschland – versteht sich seit seiner Gründung als "Bund der Kriegsbeschädigten" im Jahre 1917 als politische Interessenvertretung und Sprachrohr von Menschen mit Behinderungen, älteren,

pflegebedürftigen und sozial benachteiligten Menschen. Der Verband setzt sich für sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit, sowie Erhalt und Stärkung des Sozialstaats ein. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft und den Abbau aller Barrieren, aufgrund derer Menschen mit Behinderung ihr Recht auf gleichberechtigte Teilhabe nicht wahrnehmen können. Außerdem bezieht der Verband in Gesetzgebungsverfahren des Landes NRW - bei Anhörungen und im Rahmen von schriftlichen Stellungnahmen - regelmäßig Position zu sozialen Fragen. Auch frauenpolitisch ist der SoVD aktiv und macht sich unter anderem für Lohngerechtigkeit, Gleichberechtigung, Nicht-Diskriminierung

und zum Beispiel besseren Schutz vor Gewalt stark.

In diese politische Arbeit möchte der SoVD NRW den Bereich Klima, den Kampf gegen die Erderwärmung und die dadurch prognostizierten Schäden für Mensch und Natur stärker als bisher einbeziehen. Die Expertise des BUND sieht der Verband daher als wichtige Informations- und Inspirationsquelle und freut sich auf den konstruktiven Austausch. Von einer engeren Zusammenarbeit können beide Verbände nur profitieren. Umwelt- und Klimapolitik haben immer auch soziale Aspekte und umkehrt haben viele Politikbereiche, um die sich der SoVD kümmert, auch eine ökologische Dimension, die mitgedacht und berücksichtigt werden muss. Entscheidend ist, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden.



Angesichts der unübersehbaren Auswirkungen des Raubbaus der Menschen an Natur und Umwelt und der immer deutlicheren Überschreitung der natürlichen Belastungsgrenzen unseres Planeten ist für den SoVD vollkommen unstrittig, dass ein tiefgreifender und umfassender Umbau unseres Wirtschafts-, Handels- und Konsumsystems notwendig ist. Wir müssen jetzt handeln, damit kommende Generationen keinen ökologischen Scherbenhaufen vorfinden und noch eine Chance auf freie Entfaltung haben. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil aus dem Frühjahr dieses Jahres unmissverständlich hingewiesen.“  
(SoVD-Präsident Adolf Bauer)



## MEHR INFOS

Der SoVD hilft in seinen 19 NRW-Sozialberatungszentren bei allen sozialrechtlichen Fragen und Problemen. Die monatliche Mitgliedschaft kostet 6,90 €.

Alle Infos: [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de)

NEUE AUTOBAHNEN TROTZ MARODER BRÜCKEN

# EINSTÜRZENDE ALTBAUTEN

Bröselnde Brücken, marode Autobahnen. Doch trotz Klimawandels und knapper Kassen werden unsinnige Neubauprojekte vorangetrieben. Ein Politikwechsel ist überfällig.



Die Rahmedetalbrücke der A 45 bei Lüdenscheid muss abgerissen werden.

**J**ahrzehntelang wurde die Verkehrsinfrastruktur auf Verschleiß gefahren. Doch anstatt diese in Zeiten knapper Kassen und fortschreitenden Klimawandels konsequent zu sanieren und umweltverträgliche Alternativen zu forcieren, werden überall neue Autobahnen geplant. Darunter leiden die Menschen, - zum Beispiel in Lüdenscheid.

## BEISPIEL AUTOBAHN A 45

Nach der Vollsperrung der maroden Rahmedetalbrücke herrscht in Lüdenscheid und Umgebung der Ausnahmezustand: LKW donnern durch kleine Ortschaften, an Schlaf ist kaum zu denken, Ausweichverkehre belasten die Umwelt. Niemand stellt deshalb einen Ersatzbau für die bröselnde Brücke in Frage. Sie zeigt aber exemplarisch das allgemeine Dilemma auf. In den 60er-Jahren gebaut, war sie ursprünglich für rund 25.000 Fahrzeuge täglich ausgelegt. Zuletzt rollten 64.000 - und zumeist deutlich schwerere - Fahrzeuge über die Brücke. Dass sie ersetzt werden muss, ist zudem seit mindestens 10 Jahren bekannt. Passiert ist - nichts.

## VERZICHT AUF UMWELTSTANDARDS

Klar ist, dass jetzt möglichst schnell ein Ersatz geschaffen werden muss. Dabei tauchte reflexhaft der Ruf nach einem Verzicht auf eine Bürgerbeteiligung und andere gesetzlich vorgeschriebene Umweltstandards auf. Als der BUND öffentlich die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben einforderte, sorgte dies für einen Aufschrei bei Politik und Bevölkerung. Dabei hatten wir nun darauf hingewiesen, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Erweiterungsneubau unverzichtbar sei. Dies führt auch nicht zu Verzögerungen, sorgt aber letztendlich für eine Minimierung des Eingriffs und eine rechtssichere Genehmigung. Abweichungen von den notwendigen Verfahrensschritten sind nach dem Gesetz nur in "Fällen von unwesentlicher Bedeutung" möglich. Bei einem 453 m langen Neubau, der zudem eine Erweiterung auf sechs Fahrspuren umfasst, kann davon kaum die Rede sein.

## ERHALT STATT NEUBAU

Mindestens 30 Prozent aller Brücken in NRW gelten als sanierungsbedürftig.

Doch anstatt die vorhandenen Kapazitäten und Mittel konsequent in den Unterhalt und Ersatz der bestehenden Brücken und Autobahnen zu stecken, werden nach wie vor klima- und umweltschädliche Neubauprojekte wie die A 46 im Sauerland vorangetrieben. Auch Ex-Verkehrsminister Hendrik Wüst muss sich diesbezüglich gravierende Versäumnisse ankreiden lassen, hat er doch die Priorisierung im Straßenbau aufgehoben und Geld von Sanierungsvorhaben zum Neubau umgeschichtet. Der BUND fordert hingegen den Stopp aller Fernstraßenneubauprojekte und eine konsequente Umschichtung der Gelder zur Finanzierung von Unterhalt und Ersatz.



**DEMO AM  
8. MAI 2022**

ZUSAMMEN U.A. MIT ADFC, VCD  
PLANEN WIR EINE VERKEHRSWENDE-GROSSDEMO IN DÜSSELDORF.

Alle Infos demnächst unter  
[www.bund-nrw.de/mobilitaet](http://www.bund-nrw.de/mobilitaet)



Adalbert Niemeyer-Lüllwitz und Jürgen Birtsch kämpfen für den Landschaftsschutz.

## BUND ERWIRKT BAUSTOPP

**Erfolg für den BUND: Das Verwaltungsgericht Minden hat am 13. Dezember 2021 den Bau der „SL Riding Ranch“ im Landschaftsschutzgebiet Ost-Münsterland gestoppt.**

Der BUND hatte Klage und einen Eilantrag auf Baustopp gegen die Baugenehmigung eingereicht (siehe BUND-Magazin 4/21). Überraschend haben danach sowohl die beklagte Stadt Bielefeld als auch die „beigeladene“ Bauherrin Barbara Hagedorn auf Rechtsmittel verzichtet und damit die Rechtswidrigkeit dieser Anlage bestätigt. „Damit ist dieser Beschluss jetzt rechtskräftig und eine Rücknahme der Baugenehmigung eine logische Konsequenz“, so Jürgen Birtsch vom Vorstand der BUND-Kreisgruppe Bielefeld, die das Verfahren initiiert hat.

Auch wenn die Entscheidung über die Klage im Hauptverfahren

noch aussteht, ist das ein wichtiger Teilerfolg. Zumal das Gericht die Klage als „aussichtsreich“ bewertet und dabei der Begründung des BUND folgt. Denn das Gericht hat festgestellt, dass hier die Voraussetzungen für eine Anerkennung als „privilegierter landwirtschaftlicher Betrieb“ nicht vorliegen. Diese Anerkennung ist Voraussetzung dafür, dass überhaupt solche baulichen Eingriffe im Außenbereich genehmigt werden dürfen. Damit kommt dem Beschluss eine landes- bzw. bundesweite Bedeutung zu. Denn gerade bei der Prüfung von Bauanträgen für sogenannte „Pferdepensionsbetriebe“ müssen im geschützten Außenbereich „besonders strenge Maßstäbe angelegt werden“, so das Gericht. Priorität hat hier das öffentliche Interesse am Schutz der Landschaft. Im konkreten Fall ist es offensichtlich, dass sich hier eine finanzstarke Unternehmerfamilie zur Ausübung ihres Pferdesportes eine Reitanlage bauen möchte. Mit Landwirtschaft hat das nichts zu tun.

Stadt und Bauherrin sehen das aber weiterhin trotz der Niederlage vor Gericht anders. Anstatt den Gerichtsbeschluss zu akzeptieren und umzusetzen, wollen sie jetzt offenbar Hand in Hand durch „Nachbesserung“ des Bauantrages und einer neuen Baugenehmigung einen klar rechtswidrigen Bau nachträglich legalisieren. Der BUND, so Adalbert Niemeyer-Lüllwitz vom Landesvorstand, „wird das nicht akzeptieren, vielmehr weiter dafür kämpfen, dass hier geltendes Bau- und Naturschutzrecht durchgesetzt wird. Die Stadt muss den Rückbau begonnener Gebäude anordnen. Der Bauplatz muss wieder Wiese werden.“

► [www.bund-bielefeld.de](http://www.bund-bielefeld.de)

## DIGITALE VERSAMMLUNG

**Nachdem aufgrund der Corona-Pandemie die Landesdelegiertenversammlung 2020 ausgefallen war, fand sie 2021 am 31. Oktober erstmals in digitaler Form statt.**

Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht äußerte dabei heftige Kritik an der Landesregierung: Die Landesregierung habe keine Antworten auf die beiden großen existenziellen Krisen dieser Zeit: die Klimakrise und die Biodiversitätskrise. In beiden Themenfeldern sei die Politik der Regierung vollständig ambitionslos. Der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst habe jetzt noch die Chance, das Bild zumindest ein wenig zu korrigieren.

Die etwa achtzig ehrenamtlichen Verbandsvertreter\*innen aus den Kreisgruppen des nordrhein-westfälischen BUND-Landesverbands forderten die Landesregierung in einstimmig verabschiedeten Resolutionen auf, den Abriss von weiteren Dörfern für den Braunkohlentagebau Garzweiler zu verbieten und den Neubau von Landes- und Bundesfernstraßen zu stoppen.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung beschlossen die Delegierten weiter eine Reihe von Satzungsänderungen: Künftig sind auch elektronische Abstimmungen bei digitalen Sitzungen sowie Umlaufbeschlüsse möglich. Damit

erhalten die Entscheidungsgremien des Verbands auf Landesebene und in den Gruppen deutlich mehr Flexibilität und können schneller reagieren. Das hilft nicht nur in Coronazeiten, es können bei Bedarf auch zeit- und kostenaufwendige Präsenztreffen der Gremien entfallen und die Abstimmungen stattdessen virtuell stattfinden.

Insgesamt blickt der BUND in NRW auf eine erfolgreiche Verbandsentwicklung zurück. Allein in 2020 traten 3.200 Menschen in den Verband ein. Zum Jahresende unterstützten mehr als 36.000 Menschen unsere Arbeit mit ihrer Mitgliedschaft.





Pioniere der Biovermarktung: Josef Jacobi, Klaus Brunsmeier, Karin Artzt-Steinbrink, Dieter Heide und Hubert Weiger (v.l.).

## 25 JAHRE BIOMOLKEREI

**V**or 25 Jahren gründeten 18 Bio-Bauern die Upländer Bauernmolkerei im nordhessischen Usseln, direkt an der Grenze zu NRW. Der BUND hat von Beginn an den Aufbau aktiv mit seinem Bio-Molkerei-Beteiligungs fonds unterstützt und die weiteren Entwicklungen begleitet.

Seitdem hat die Upländer Bauernmolkerei eine sehr positive Entwicklung genommen. Wurden 1996 zunächst „nur“ eine Million Liter Bio-Milch pro Jahr verarbeitet, sind es heute über 40 Millionen Liter.

Im September 2021 wurde das Jubiläum gefeiert – und eine tolle Erfolgsgeschichte. Mehr als 100 Bio-Milchbetriebe aus Hessen und NRW liefern mittlerweile täglich frische Milch, die Produkte der Biomolkerei finden sich inzwischen in den Kühlregalen der Supermärkte sowie in vielen Bio- und Naturkostläden. Im Jubiläumsjahr erfolgt nun eine Erweiterung der Molkerei: Über 19 Millionen Euro werden in ein neues, hochmodernes Produktionsgebäude investiert, im Herbst 2021 soll die Produktion im neuen Gebäude an den Start gehen.

Im alten Gebäude der Gebirgsmolkerei gibt es einen Laden, in dem alle leckeren Produkte der Molkerei angeboten werden. Bereits heute zeigt das „Upländer Milchmu(h)seum“ die Geschichte, mit einer „Museumskuh“ kann das Melken getestet werden. Gruppen mit Familien können sich in der Herstellung von Butter ausprobieren und sie gleich auf frischem Brot verkosten. Auch für Kindergartengruppen und Schulklassen gibt es Angebote; zudem gibt es im Mu(h)seum Käse- und Weinabende.

Regionale Verarbeitung und Vermarktung sichern die Zukunft vieler Bio-Bauernhöfe der Region, bieten so viele Vorteile für Klima und Artenvielfalt und versorgen die Menschen mit regionalen, hochwertigsten Lebensmitteln.

Der BUND Ehrenvorsitzende Prof. Hubert Weiger hielt die Festrede, Klaus Brunsmeier vom Landesvorstand gratulierte der Geschäftsführerin der Molkerei, Karin Artzt-Steinbrink, herzlich zum Jubiläum.

► [www.bauernmolkerei.de](http://www.bauernmolkerei.de)

## EINSATZ FÜR DEN GARTENSCHLÄFER

**D**as Groß-Projekt „Spurensuche Gartenschläfer“ entwickelt sich immer mehr zu einem vollen Erfolg. An dem vor drei Jahren gestarteten und im Bundesprogramm Biologische Vielfalt geförderten Projekt haben sich auch in NRW zahlreiche ehrenamtliche Naturschützer\*innen beteiligt - mit beachtlichen Ergebnissen.

Etwa 100 freiwillige Helfer\*innen gehen in NRW mit auf die Spurensuche. Sie konnten 400 Nachweise für das Vorkommen des Gartenschläfers und anderer Bilche erbringen, über 320 Spurentunnel bestücken und kontrollieren, an die 50 Wildtierkameras installieren und auswerten sowie 50 Nistkästen über drei Jahre überprüfen. Ein großes DANKESCHÖN Dank dafür! Stellvertretend für alle fleißigen und unermüdlichen Helfer\*innen stellen wir hier zwei Beispiele der Einsätze vor. In Rheinbach konnten über drei Jahre lang täglich Gartenschläfer im Garten gefilmt werden. Dafür schaute Monika Himberg jedes einzelne

Video durch, notierte die wichtigsten Ereignisse der Videos gewissenhaft und erschafft somit einen Schatz (8 Terrabyte an Videomaterial) über das Sozialverhalten von Gartenschläfern in deutschen Gärten. Und auch in Köln, unserer "Gartenschläfer-Hochburg", waren bis zu vier Freiwillige der BUND-Kreisgruppe jeden Monat unterwegs, um 25 Nistkästen zu kontrollieren. Diese Nistkästen wurden eigens für das Projekt aufgehängt, mit dem Ziel dort Gartenschläfervorkommen zu dokumentieren und gleichzeitig monatlich Kotproben einzusammeln. Diese Proben gingen in die Analyse von insgesamt 1.000 Kotproben zur Nahrungszusammensetzung der Gartenschläfer in Deutschland ein. So langsam kommt damit Licht ins Dunkel des rätselhaften Verschwindens unserer kleinen Bilche.

► [www.bund-nrw.de/gartenschlaefer](http://www.bund-nrw.de/gartenschlaefer)



Foto: Jirí Bohdal

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211-30 200 522, [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net) • **Auflage:** 23.800; **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2022. © BUND NRW e.V., Februar 2022